

84

KBA 6746

Johannes XXIII.

Zum ersten Mal wird in wenigen Tagen der Vatikanseiner die Friedensbotschaft des neuen Papstes ausstrahlen, dessen Wahl von so vielen Meinungen wie Kardinälen begleitet und kommentiert worden ist. Kompromißlösung? Übergangspapst? Die Weihnachtsbotschaft wird einiges deutlicher sehen lassen, was das Konklave verschwiegen.

Unterrichtete katholische Kreise nehmen an, daß Johannes in mindestens einem gewichtigen Punkt seinen Vorgänger korrigieren werde, in einem Punkt, an dem wir die Entscheidung Pacellis bedauern haben: in der Frage der Arbeiterpriester. Die Fülle des vorgelegten Materials (hier hat sich der jetzige Korrespondent der WELT in Warschau, Ludwig Zimmerer, mit seinen Blättern „Glaube und Vernunft“ verdient gemacht) hat nicht darüber hinwegtäuschen können, daß das Arbeitsverbot für die Arbeiter-

priester in Frankreich (oder doch die deutliche Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten) den Graben zwischen Arbeiterschaft und römischer Kirche vertieft hat, der für die französischen Gebiete und nicht nur für sie seit Jahrzehnten deutlich war. Es wäre ein guter Beginn, wenn Papst Roncalli durch ein Zurückgehen auf die erste Praxis Türen wieder öffnete, die ziemlich laut ins Schloß gefallen waren. Eine solche Entscheidung wäre nicht nur — wie wir als Außenstehende meinen — ein Fortschritt im guten Sinne für die römische Kirche, sondern auch für die Innenpolitik Frankreichs so klärend und weiterbringend, daß positive Ausstrahlungen auch auf die umliegenden Staaten und ihre Episkopate, vornehmlich in der Bundesrepublik mit ihren restaurativen Tendenzen im kirchlichen Leben, zu erhoffen und vielleicht gar zu erwarten wären. Daniel Wolff

Barth oder Jaspers?

Nachträglicher Kommentar zum Friedenspreis des Deutschen Buchhandels

Als anlässlich der Frankfurter Buchmesse im September dieses Jahres der im besten Sinne des Wortes gewichtige Friedenspreis des Deutschen Buchhandels (eine der wenigen Auszeichnungen in der Bundesrepublik, an die die Inflation der Preise nicht rühren konnte) an Karl Jaspers, den Philosophen, verliehen wurde, konnte man von unterrichteten Leuten hören: eigentlich sei Karl Barth, der Basler Theologe, als Träger auszuwählen gewesen. Die Wahl sei so gut wie unter Dach und Fach gewesen, man habe sich Gedanken über die Delegation gemacht, die dem politisch oft umstrittenen, aber theologisch bedeutsamsten, die Gegenwart seiner Disziplin am stärksten prägenden Lehrer diese hohe Ehrung habe antragen sollen.

Dann sei Karl Jaspers gewählt worden, dessen Buch „Die Atombombe und die Zukunft des Menschen“ ein bedeutender Beitrag zum Frieden sei und der dann eine große Rede hielt, die alle zum Nachdenken zwang, die sich das Nachdenken noch nicht abgewöhnt haben.

So weit, so gut. Seit seiner Stiftung hat sich der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels durch sein Komitee den Träger gesucht, der würdig schien. Die Wahl fiel auf Jaspers statt auf Barth, den manche gern als Träger gesehen hätten. In diese Entscheidung haben wir nicht hineinzureden. Die Würdigkeit des Philosophen mag so groß sein wie die des Theologen. Hier gelten persönliche Meinungen nur in ihren Summen. Die Summe hieß Karl Jaspers.

Aber: das Gerücht besagt, die für Karl Barth vorgesehene Ehrung sei nicht wegen der Meinungen im Komitee auf Karl Jaspers übergegangen, sondern auf einen Hinweis aus „gut unterrichteten Bonner Kreisen“ hin. Die gute Unterrichtung habe in der Mutmaßung bestanden, daß der ständige Ehrengast der Verleihungsfeier, der Bundespräsident, die Ehre seiner Anwesenheit wohl dem Philosophen Jaspers, nicht aber dem Theologen Barth geben könne, da dessen politische Ansichten und dessen eventuelle Rede über den Frieden im diametralen Gegensatz zu den in der Bundesrepublik gängigen Vorstellungen stünden.

Ist das nicht besorgniserregend? Niemand wird dem Bundespräsidenten zutrauen,

daß er selbst sich so geäußert habe. Niemand glaubt, daß dem Liberalen Heuß so viel Liberalität abgehe, daß er, der ein feines Gemerk für Größe hat, Karl Barth nicht ehren wolle, selbst wenn er andere politische Ansichten haben sollte. Niemand wird meinen, Karl Barth könne wegen seiner Stellungnahmen zur Wiederbewaffnung oder zum atomaren Wettrennen preisunwürdig geworden sein. Oder?

Ist es in der Tat so, daß das Friedenspreiskomitee seine Unabhängigkeit verloren hat, dieser Kreis, dessen Respektabilität bis heute nie angezweifelt worden ist? Wohin sind wir gekommen, wenn — falls das Gerücht stimmt — Winke aus Bonn, womöglich aus der Umgebung des Bundespräsidenten, nicht einmal von ihm selbst, die getroffenen Entscheidungen revisionsbedürftig machen?

Das alles ist Gerücht. Ein Gerücht allerdings, das am besten sehr schnell aufgeklärt würde. Ein Mitglied des Komitees, nach den Vorgängen befragt, berief sich (das können wir verstehen) auf den Konklavecharakter der Komiteesitzungen und auf die Vertraulichkeit der Sitzungen. Nun, das Konklave scheint nicht ganz vermauert gewesen zu sein.

Albert Schweitzer war bei der Verleihung an Jaspers dabei als einer der ersten Träger (freilich diesmal, ohne begrüßt und offiziell genannt zu werden). Er wäre sicher auch dabei gewesen, wenn Karl Barth der Geehrte geworden wäre, Karl Barth, den man zuerst ehren wollte.

Wir schreiben dies nicht als Attacke gegen Jaspers. Das sollte deutlich sein. Wir schreiben das nicht wegen der durch Addition von Preisen ohnehin nicht zu addierenden Ehre, die Karl Barth durch sein großes Werk hat. Wir schreiben das nicht gegen den Bundespräsidenten, den anzugreifen jede Plattform falsch wäre. Wir schreiben das, damit der Friedenspreis seine doppelte Bedeutung behält: ein Preis für Menschen zu sein, die dem Frieden dienen, ein Preis von Menschen zu sein, die in Unabhängigkeit von außen — wie die Kardinäle im Konklave, um im Bild zu bleiben — den wählen, der ihrem Bild entspricht.

Johannes Rau

An unsere Leser!

Im November haben manche Leser die Zusendung der „Politischen Verantwortung“ vergeblich erwartet. Das hatte technische und sachliche Gründe. Dafür hat diese Ausgabe acht Seiten; wir bitten unsere Leser, diese Doppelnnummer, die zu lesen sich gewiß an den langen Abenden einmal lohnen wird, als November/Dezember-Ausgabe hinzunehmen.

Die Betrachtung von Dietrich Bonhoeffer, die wir an Stelle einer Weihnachtsbetrachtung üblichen Stils bringen, entstammt dem ersten Band der „Gesammelten Schriften“ (Chr. Kaiser Verlag, München 1958, herausgegeben von Eberhard Bethge). Wie aktuell und wie deutlich diese Worte sind, das brauchen wir nicht zu unterstreichen. Der Leser wird es den gedrängten Formulierungen abspüren. Wir sollten uns vor ihnen nicht theologisch oder politisch abschirmen, gleichgültig, wo wir theologisch oder politisch stehen. Die „Gesammelten Schriften“ Bonhoeffers sind überhaupt mehr als eine Schreibtischlese. In ihnen zu lesen lohnt!

In dieser Ausgabe ist von Büchern die Rede. Der aktuelle Anlaß zu Rezensionen ist uns die Weihnachtszeit, in der nach verlässlichen Besprechungen immer gesucht wird. Darüber hinaus werden wir auch in Zukunft mit solchen Titeln bekannt machen, die zum Durchblick durch die geistigen und politischen Tagesnachrichten hilfreich sein können.

Das nächste Jahr ist mit einem ausführlichen Redaktionsprogramm, an dem mehrere der Mitherausgeber beteiligt sind, vorgeplant. Über alle gelegentlich notwendige Polemik hinaus hoffen wir, in einigen Grundsatzfragen Positionen aufzeigen zu können, an denen eigene Positionen überprüft werden möchten. Herausgeber und Schriftleitung wünschen allen Lesern ein gesegnetes Nachdenken über das Weihnachtswunder und ein gnadenvolles neues Jahr, das den Frieden mehren und dem Unfrieden wehren möge.

Die Herausgeber

Einheitsfront?

Inmitten des bayerischen Wahlkampfes und in unverkennbarem Zusammenhang mit der Landtagswahl veranstaltete der Evangelische Arbeitskreis der CSU in Bayern am 7. und 8. November eine kulturpolitische Landestagung. Das Tagungsbüro befand sich im Evangelischen Gemeindehaus in Erlangen, Am Bohlenplatz 1. Dort fand auch die Hauptversammlung mit den Bundesministern Schröder und Balke und dem NRW-Kultusminister Schütze statt. Die Aufmachung der Tagung mußte den Eindruck erwecken, als ob sie im Rahmen kirchlicher Gemeindegarbeit veranstaltet worden sei und die Einheit von Kirche und Unionspartei zum Ausdruck bringen wolle.

Ob der gleiche Raum zu gleichen Bedingungen auch anderen Parteien, etwa SPD und FDP, zur Verfügung gestanden hätte?